

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/61

Bonn, den 29. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Mit de Gaulle leben"</u> ----- Ein schwieriges, aber notwendiges Vorhaben	51
2	<u>Wo die Wurzeln sind</u> ----- Schwerpunkte der NPL Von Siegfried Aufhäuser, Berlin	50
3	<u>Nicht "kleinlich und schikanös" ?</u> ----- Das Bundesfinanzministerium berichtigt	53
3a	<u>Kleinlich und schikanös</u> ----- Die neuen Zollbestimmungen - Überforderte Zollbeamte	45
4 - 5	<u>Französische Kommunisten sind zufrieden</u> ----- Innenpolitische Konsequenzen der Pariser Wünsche an die NATO Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	54
5	<u>Wenig ermutigend</u> ----- Kalte Luft aus Polen	29

"Mit de Gaulle leben"

Ein schwieriges, aber notwendiges Vorhaben

G.M. - Das deutsch-französische Verhältnis ist durch die Ankündigung de Gaulles, Frankreich werde bis Ende Juli dieses Jahres seine Offiziere aus den integrierten Stäben der NATO zurückziehen, erneut einer starken Belastung ausgesetzt. Diese Belastung ist nunmehr bereits chronisch, seitdem auch in Brüssel bei den Verhandlungen über die Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration Europas manche früher gehegte Illusion aufgegeben werden mußte.

Es hat keinen Sinn, Spekulationen darüber anzustellen, ob de Gaulles Politik eine Art Pokerspiel ist, um Frankreichs Position im westlichen Bündnis zu stärken, oder ob der französische Staatspräsident das gesamte Bündnissystem überhaupt in Frage zu stellen gedenkt. Wie es in Paris heißt, können nicht einmal die Kabinettsmitglieder der französischen Regierung eine klare Antwort auf derartige Fragen geben.

Man muß sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, wenn Ministerpräsident Pompidou auf die Frage, ob durch den NATO-Austritt Frankreichs nicht eine Diskriminierung der Bundesrepublik geschaffen werde, erklärt:

\* "Was man Diskriminierung nennt, ergibt sich aus der gegebenen Situation. Diese Situation kann nur durch einen Friedensvertrag geändert werden, der wiederum nur bei einer allgemeinen Entspannung und einem Übereinkommen möglich ist, das über die Grenzen Westeuropas und der NATO hinausgeht."

Der politische Normalverbraucher kann selbstverständlich mit einer solchen Antwort überhaupt nichts anfangen. Und doch ist die Antwort des französischen Ministerpräsidenten symptomatisch. Sie deutet an, daß Pompidou selbst nicht zu wissen scheint, wie die politische Rechnung seines Chefs aufgehen soll.

Was bleibt uns also zu tun übrig? Zunächst: Wir müssen "mit de Gaulle leben", weil er der Staatspräsident einer Nation ist, zu der wir - auch wenn de Gaulle eines Tages nicht mehr sein sollte - ein enges freundschaftliches Verhältnis erhalten wollen. Im übrigen aber würde es uns schlecht anstehen, jetzt so zu tun, als seien wir überrascht. Ministerpräsident Pompidou hat in dem gleichen Interview ausdrücklich erklärt, zwischen Paris und Bonn seien "seit vielen Monaten ständig Gespräche" geführt worden, in denen die französische Politik dargelegt worden sei...

Wenn bei uns nun hier und dort der Ruf ertönt, man solle Frankreich "links liegen lassen" und mit Spanien oder Portugal Ersatzübungen vorbereiten, dann würden wir de Gaulle den Vorwand für das bieten, was viele Politiker in Deutschland befürchten - den Alleingang in Moskau ohne Verpflichtungen gegenüber den bisherigen Verbündeten Frankreichs. - Es wäre sicher auch nicht gut, wenn die Bundesregierung jetzt eine Vermittlerrolle zwischen Washington und Paris spielen wollte. Erstens hat uns niemand darum gebeten und zweitens ist die traditionelle französisch-amerikanische Freundschaft trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten immer noch so gut, daß eine unerwünschte Einmischung u.U. genau den gegenteiligen als den erhofften Effekt erzielen würde. - Wir sollten daher in Ruhe die weitere Entwicklung abwarten, die Freundschaft zu allen Verbündeten intensiv pflegen und in einem ständigen Kontakt zwischen Paris und Bonn versuchen, die wohlverstandenen beiderseitigen Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Zurückhaltung ist im Augenblick die beste diplomatische Tugend.

Wo die Wurzeln sind

Schwerpunkte der NPD

Von Siegfried Aufhäuser

"Wer ein Bild über die Aufgaben des Gaues Franken bekommen will, der muß Nürnberg betrachten. Denn der Gau empfängt sein Gepräge von der Gaustadt... Durch den - Stürmer - (von Gauleiter Julius Streicher) wurde die Judenfrage aktuell... Für den 3. Reichsparteitag suchte der Führer die geeignete Stadt. Des Führers Blick fiel auf Nürnberg... Das Buch der deutschen Gaue - NSDAP - Bayerische Ostmark, Bayreuth. Inhalt einer Nazi-Proklamation von 1934.

\* \* \*

Am 13. März 1966 hatte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihre ersten Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen in Franken. Es wäre unbegründet, die NPD einfach als Neuaufgabe der NSDAP anzusehen, ebenso sind lokal bedingte Gemeindewahlen keine allgemeinen Parlamentswahlen. Dennoch war es kein politischer Zufall, wenn die rechtseradikalen Nationaldemokraten im Raum zwischen Nürnberg und Coburg, in Städten wie Nürnberg, Erlangen, Bayreuth, Ansbach, Kulmbach usw. sechs bis zehn Prozent der Stimmen gewinnen konnten. Die Nazis waren ursprünglich an ihrer Putschtaktik gescheitert, dann erst führte der demokratisch-parlamentarische Weg Hitler zur Macht.

Damals wie heute haben die Rechtseradikalen Wahlbündnisse und Unterstützung bei der "bürgerlichen Front" gefunden. Aus eigener Kraft hätte Hitler die Weimarer Republik nicht zerbrechen können. Ihr schmählicher Untergang muß angesichts der Wahlen in Mittel- und Oberfranken in die Erinnerung gebracht werden.

Die Sozialdemokratie hatte von 1920 an die ganzen Lasten einer Entwirrung der chaotischen Zustände aus dem verlorenen Krieg zu tragen. Dann etablierte sich 1924 der Bürgerblock als parlamentarischer Pionier für den Nationalismus. Die bürgerlichen Parteien hatten unter deutschnationaler Führung im März 1928 schon völlig abgewirtschaftet. Neuwahlen zum Reichstag ergaben einen gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie. Reichskanzler Hermann Müller bemühte sich sofort vergeblich, ein Sanierungsprogramm der Reichsfinanzen durchzusetzen, doch die Deutsche Volkspartei hatte sich nach Stresemanns Tod den Deutschnationalen und den Nazis in der "Harzburger Front"-verschrieben. Am 30. März 1930 sprengte DV kurzerhand die Große Koalition und damit die letzte parlamentarische Regierung in Weimar. Die Gegenrevolution hatte nun freie Bahn. Aber die bürgerlichen Pioniere von Hitler arbeiteten weiter nach parlamentarischen Regeln. Als Platzhalter für den Manager von Papen durfte Kanzler Brüning noch vom März 1930 bis Mai 1932 mit Notverordnungen "regieren". Dann übernahm Kanzler von Papen mit autoritärer Demokratie das Kabinett selbst, zerschlug mit einem brutalen Staatsstreich die demokratische Bastion Preußen und löste den Reichstag auf. Die Neuwahl am 31. Juli 1932 machte die Nazis mit 230 Abgeordneten zur stärksten Partei. Vom 9. Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 versuchte General Schleicher noch sein Glück, die Nazis als Partner zu gewinnen. Am 30. Januar 1933 war's soweit: Herr von Papen konnte Adolf Hitler in den Sattel heben. - Im März 1966 haben die Nationaldemokraten die Schwerpunkte in Franken wieder erobert. Die für neueste, rechtseradikale "Demokratie", kompetente "National- und Soldaten-Zeitung" vom 18. März 1966 beglückwünscht die CSU zum Ausbau ihrer kommunalen Positionen, "abgesehen von Katastrophenfällen wie München".

+ + \*

- 3 -

Nicht "kleinlich und schikanös" ?

Bundesfinanzministerium berichtigt

Das Bundesministerium der Finanzen hat zu unserem Artikel "Kleinlich und schikanös" in unserer Ausgabe vom 24. März 1966 wie folgt Stellung genommen:

"Die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, die deutschen Zollbestimmungen für Reisende seien "kleinlich und schikanös" und im Laufe der Jahre immer härter geworden, während die anderen europäischen Staaten großzügiger geworden seien, ist unrichtig. Im Gegenteil sind in den letzten Jahren die deutschen Zollbestimmungen für Reisende zunehmend liberaler geworden. Im vergangenen Jahr wurde die Freimenge für Reisemitbringsel von 50 auf 100 DM erhöht und die pauschlierten Abgabensätze für die meisten privaten EWG-Waren von zehn auf fünf Prozent herabgesetzt. Diese Regelung gehört zur großzügigsten in Europa. Selbst die anderen EWG-Staaten gehen nicht so weit; wegen ihrer zu liberalen Regelung sind daher der Bundesrepublik auch bereits Vorhaltungen gemacht worden. In Großbritannien sind vor wenigen Tagen neue Zollbestimmungen zur Erleichterung des Reiseverkehrs in Kraft getreten, die eine Reisefreimenge von nur 56 DM und Pauschalsätze von 12,5 Prozent für EFTA-Waren, sonst 25 Prozent vorsehen (zum Vergleich: in der Bundesrepublik fünf und fünfzehn Prozent); dabei sind eine Reihe von Waren sogar von den Vergünstigungen ausgenommen.

Es ist auch unrichtig, daß Lebensmittel nicht als Reisemitbringsel zollfrei sein können. Vielmehr sind auch insoweit die deutschen Vorschriften im vergangenen Jahr liberaler geworden: Die für Lebensmittel bis dahin geltende Wertgrenze von zehn DM wurde aufgehoben. Freilich muß es sich jeweils um wirkliche Reisemitbringsel handeln und nicht um Ergebnisse einer reinen Einkaufsfahrt ins Ausland.

Es ist ferner unrichtig, daß "die Zollabschirmung auch für den Touristenverkehr bei Reisen in die EFTA-Staaten auf fünfzehn Prozent des Barwertes angestiegen" ist. Vor einigen Jahren ist dieser Satz vielmehr von 20 auf 15 Prozent herabgesetzt worden und seitdem unverändert geblieben. Dies entspricht auch einer Entscheidung der EWG-Kommission. Die Unterschiede der Zollsätze für EWG-Waren und Drittlandwaren sind also allein auf die Beseitigung der Binnenzölle innerhalb der EWG zurückzuführen.

Zu der vor einigen Wochen in Kraft getretenen Neuregelung für die Flensburger Förde ist zu bemerken, daß sich dort im Laufe der Zeit ein erheblicher Mißstand entwickelt hatte. An Bord der Fördeschiffe waren schwimmende tax-free-shops entstanden. Wer wollte, konnte durch mehrmaliges Hin- und Herfahren mit den Fördeschiffen seinen Jahresbedarf an Spirituosen durch Einkauf an Bord decken, ohne auch nur einen Pfennig an Abgaben zahlen zu müssen. Hunderttausende an Flaschen mit Spirituosen und einige Dutzend Millionen an Zigaretten wurden auf diesen Schiffen jährlich unverzollt und unversteuert an den Mann gebracht. Die Zeitungen wußten z.B. zu berichten, daß vier Damen aus dem Ruhrgebiet nach einer Woche Ferien in Flensburg mit über 200 zollfreien Flaschen Whisky, einem Sack voll Zigaretten und einem Verdienst von einigen tausend Mark heimkehrten. Daß diesem Mißstand abgeholfen werden mußte, lag auf der Hand. Für den normalen Reiseverkehr hat diese Regelung keine Nachteile."

\* \* \*

Des besseren Verständnisses wegen und um darzustellen, daß das Bundesministerium der Finanzen zu einigen wesentlichen Punkten unseres Artikels nicht Stellung genommen hat, veröffentlichten wir diesen nachstehend ausnahmsweise noch einmal. Die Redaktion.

+ + +

### Kleinlich und schikanös

#### Die neuen Zollbestimmungen - Überforderte Zollbeamte

hh - Manchmal hat man den Eindruck, das Bundesfinanzministerium tut alles, um die nachbarlichen Beziehungen der Bundesbürger mit den Bewohnern der angrenzenden Staaten zu erschweren. Jedenfalls sind die Zollbestimmungen für die Privatreisenden im Laufe der Jahre immer härter geworden. Hinzu kommt der immer größer werdende Unterschied in den Zollsätzen für Privatimporte aus den EWG-Ländern und den EFTA-Ländern. Wer eine Flasche Wein aus Frankreich mitbringt, muß zehn Pfennige Zoll zahlen; wer es wegt, eine Flasche Wein aus der Schweiz mitzubringen, aber 1,30 DM. Man kann die Zollbeamten bedauern, die zum Teil mit kleinstmengen wie etwa die Apotheker umgehen müssen.

Nach den neuen Bestimmungen dürfen nunmehr Passagiere von Fahrgastschiffen nur noch vier Zigarren oder zehn Zigaretten oder 25 Gramm Rauchtobak mit zwanzig Zigarettenhüllen mitbringen. Das gilt, wenn das Schiff weniger als acht Stunden auf See war und "nicht über die hohe See aus einem ausländischen Hafen gekommen ist". Man stelle sich den Eindruck auf Touristen vor, wenn der Zöllner daherkommt und nachzählt, ob man elf oder zehn Zigaretten mitgebracht hat oder vielleicht 28 statt 25 Gramm Tabak.

Von Liberalität kann keine Rede sein. Man hat den Eindruck, die gesamte deutsche Wirtschaft würde zusammenbrechen, wenn man nicht pingelig genau engste Grenzen für Reisemitbringsel zieht. So dürfen Lebensmittel überhaupt nur zollfrei mitgebracht werden, die der Rückreise zum Heimatort als Wegzehrung entsprechen.

Praktisch jeder Staat in Europa gestattet das Mitbringen von Andenken nach einer längeren Auslandsreise großzügig. Die Bundesrepublik setzt eine Wertgrenze von hundert DM und beschränkt das auf gewisse Waren. So kann man Blumen oder Spitzen, Kunstdrucke oder modische Schirme bis zum Betrag von hundert DM mitnehmen, aber keineswegs etwa einen Haushaltsgegenstand. Lebensmittel sind verboten, nur Bonbons, feine Backwaren oder andere Süßigkeiten gestattet.

Nunmehr ist die Zollabschirmung auch für den Touristenverkehr bei Reisen in die EFTA-Staaten auf 15 Prozent des Warenwerts angestiegen. Bei der Rückkehr aus EWG-Staaten gilt hingegen die Zollgrenze von fünf Prozent. Für die Bewohner an der Grenze sind scharfe Grenzen gezogen. Man darf sich da überhaupt nicht mehr als 500 Gramm Butter oder 500 Gramm Zucker mitbringen.

Noch kurioser wird die ganze Angelegenheit, wenn man sich die Zollfreiheit für den Mund- und Schiffsvorrat der Fischer an der deutschen Nord- und Ostseeküste ansieht, die ja in keiner Weise auf Rosen gebettet sind. Da ließ das Bundesfinanzministerium den SPD-Abgeordneten Dr. Richard Tamblé aus Westerland auf dessen Anfrage wissen: "Mund- und Schiffsvorrat auf Fischereifahrzeugen ist nicht zollfrei, wenn die Schiffe nach den üblichen kurzen Fangreisen ins Zollgebiet zurückkehren."

## Frankreichs Kommunisten sind zufrieden

### Innenpolitische Konsequenzen der Pariser Wünsche an die NATO

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Waldeck-Rochet ist ein Name, den man sich auch im Ausland gut merken sollte. Man wird in nächster Zeit von dem neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs noch viel hören. Der Nachfolger von Maurice Thorez ist 61 Jahre alt und gehört zur alten Garde der französischen Stalinisten. Jahrelang war der mittelfranzösische Bauernsohn kommunistischer Fachmann für Agrarfragen. Mit ausgesprochener Bauernschläue präpariert er jetzt die Rückkehr der KPF in die nationale Gemeinschaft Frankreichs, im Gefolge des von General de Gaulle dekretierten NATO-Abzuges.

### NATO und KPF

Frankreichs Verhältnis zur NATO und die Rolle der KPF stehen miteinander in unmittelbarem Zusammenhang. Es ist kein Zufall, daß die KPF-Minister 1947 ausgebootet wurden, als der Atlantikpakt vorbereitet wurde. Sie waren regierungsfähig, solange Frankreich mit der Sowjetunion verbündet war. Sie wurden untragbar, als es im Zeichen des Kalten Krieges zum Bruch zwischen Paris und Moskau kam. Sie werden seit einigen Jahren wieder salonfähig; im Zeichen der neuen Annäherung zwischen Elysée und Krenl.

Frankreichs NATO-Austritt muß folgerichtig zu einer beschleunigten Rückkehr der KPF in die nationale Gemeinschaft führen. Die Kommunistische Partei wird somit hier nicht nur gesellschaftsfähig, sondern auch wieder regierungsfähig! Eine Reihe von Anzeichen sind dafür vorhanden.

### Außenpolitische Übereinstimmung zwischen Gaullisten und Kommunisten

Dieses Come-back erfolgt selbstverständlich nicht ohne Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Kommunistische Partei Frankreichs befindet sich in einem Zwiespalt. Einerseits unterschreibt sie de Gaulles Außenpolitik, andererseits muß sie Linksoption spielen.

Eine Abstimmung im französischen Senat zeigte dieser Tage das Tempo, in welchem die Kommunisten und Gaullisten auf außen- und innenpolitischer Ebene begegnen. Die Senatskommission für Fragen der Außenpolitik und Landesverteidigung beschloß auf Antrag der demokratischen Links- und Mittelparteien und der Konservativen eine Entschliebung, in welcher de Gaulles NATO-Ultimatum folgendermaßen abgelehnt wird:

- \* Es ist bedauerlich, daß eine so schwerwiegende Entscheidung ohne
- \* Parlamentsdebatte getroffen wurde, statt die öffentliche Meinung
- \* über alle Seiten eines Problems zu informieren - stop - über eine
- \* Entscheidung, durch welche die Sicherheit des Landes, die Einheit
- \* Europas und die Festigung des Friedens gefährdet werden."

Die Kommunisten stimmten nur bis "stop". Das heißt, sie beschränken ihre "Kritik" auf die Nichteinberufung des Parlaments, auf die Form, in welcher de Gaulle seinen NATO-Abzug beschloß. Die Sache selbst wird von der KPF ausdrücklich g e b i l l i g t.

So stehen Gaullisten und Kommunisten in einer außenpolitischen Einheitsfront gegen alle anderen französischen Parteien, gegen die ge-

samte demokratische Linke, Mitte und Rechte. Die Kluft zwischen der demokratischen Linken und der KPF hat sich damit vertieft.

### Politische Spekulationen

Schon beginnen die Kommunisten, die neue Sozialistisch-Demokratische Föderation zu beschießen. Die Einheitsfront der Linken rund um Mitterrand ist in Frage gestellt. In den nächsten Parlamentswahlen werden sie im ersten Wahlgang jedenfalls eigene Kandidaten aufstellen.

Durch diese neue Spaltung der französischen Opposition eröffnen sich für die Gaullisten innenpolitische Chancen. Mit indirekter oder direkter Hilfe der KPF kann die UMR/UDT darauf zählen, noch einige Zeit am Ruder zu bleiben. Die KPF kann ihrerseits damit rechnen, mit einigen weiteren Jahren gaullistischer Außen- und Innenpolitik ihren Zielen erheblich näherzukommen. Waldeck-Rochet ist zufrieden.

+ + +  
Wenig ermutigend  
-----

### Kalte Luft aus Polen

sp - Das unerfreulichste Echo auf die Friedensnote der Bundesregierung kommt aus Polen. Die kommunistische Presse Polens leistet wahre Akrobatenkunststücke an Unterstellungen und Verdächtigungen, sie bezeichnet die Note als ein "jämmerliches Manöver" ("Tribuna Ludu" verleugnet den im deutschen Volk vorhandenen Wunsch nach Versöhnung auch mit den osteuropäischen Völkern und bezichtigt die Bundesregierung, sie wolle die "DDR" annektieren. Schon lange hat man aus Polen solche Töne nicht vernommen. Hat die deutsche Friedensnote, die in der nichtkommunistischen Welt eine günstige Resonanz fand, die Warschauer Regierung so irritiert, daß sie nun jedes Maß in der Beurteilung verliert? Offensichtlich kann man sich in Warschau eine europäische Friedensregelung nur auf der Grundlage der deutschen Spaltung vorstellen. Eine solche Einstellung macht es unendlich schwer, den Brückenschlag zwischen den beiden leidgeprüften Völkern, den Deutschen und den Polen, zu tun. Die Gutwilligen dürften sich freilich davon in diesem Bemühen nicht abhalten lassen.

Mit Unfreundlichkeiten wird auch der polnische Katholizismus bedacht. Die polnisch-katholischen Bischöfe bekommen nun auf ihr Einladungsschreiben an den deutschen Episkopat, an den Tausendjahrfeiern teilzunehmen, die volle Härte des Staates zu spüren. Auch der Papst wird davon betroffen. Wie die Dinge nun liegen, dürfte ihm die Warschauer Regierung kein Einreisevisum erteilen. Die Visumperrone gilt auch für die österreichischen Katholiken, was um so erstaunlicher ist, als zwischen Polen und Österreich nie Reibungen bestanden. Ohne Angabe von Gründen wurde einem Reporterteam des österreichischen Rundfunks die Einreise nach Polen verweigert, obwohl der österreichische und der polnische Rundfunk bisher einen regen Programmaustausch pflegten. Was mag Warschau zur Verhärtung seiner Haltung bewegen haben? Aus Polen weht kalte Luft.

+ + +